



Silvester auf Madeira
Leserreise vom 25.12.2018 – 1.1.2019
Telefonische Beratung und Buchung unter
05 41/310 880 (Mo. – Fr. 9 – 18 Uhr) oder
per Mail an reisen@noz.de sowie in den
Geschäftsstellen Ihrer Zeitungen.
Weitere Reisen: www.noz.de/reisen

REGION

Möhle fordert mehr Wertschätzung

OSNABRÜCK Es brauche mehr Wertschätzung für das Handwerk, sagt der neue HWK-Präsident Reiner Möhle. Die Stärke der Region sieht er vor allem in der wirtschaftlichen Ausgeglichenheit und der hohen Zahl von Familienbetrieben. *nika/Seite 9*

POLITIK

Bessere Qualität in deutschen Kitas

BONN Die Qualität in deutschen Kitas hat sich laut einer Studie verbessert. Allerdings bestünden weiterhin „Qualitätsunterschiede“ zwischen den Ländern, heißt es in dem „Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann-Stiftung. *KNA/Seite 4*

NORDWEST

CDU stellt Beiträge für Straßen infrage

HANNOVER Für die Anwohner sind Straßenbaubeiträge ein Ärgernis. Seit Jahren kämpfen Bürgerinitiativen für die Abschaffung. Nun stellt auch die Regierungspartei CDU die Beiträge infrage. Der Koalitionspartner SPD lehnt die Abschaffung ab. *klw/Seite 5*

WIRTSCHAFT

Neue Chance für Nafta-Abkommen

WASHINGTON Im Streit zwischen den USA und Mexiko gibt es Entspannung. Beide Staaten haben einen neuen Vertrag für ein Freihandelsabkommen ausgehandelt. Nun soll auch Kanada für das reformierte Abkommen gewonnen werden. *dpa/Seite 7*

WELTSPIEGEL

Norwegen: Goldene Hochzeit am Hof

OSLO In Norwegen feiern heute König Harald V. und Königin Sonja goldene Hochzeit. In den 1960er-Jahren mussten die jungen Leute ihre Liebe über Jahre geheim halten, weil Sonja aus bürgerlichem Hause kam. *anwa/Seite 25*

KULTUR

Aufregung wegen Erdogan-Statue

WIESBADEN Eine Kunstaktion der Wiesbaden-Biennale sorgt für Aufregung: Seit Montag steht eine vier Meter hohe Statue des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan auf dem Platz der Deutschen Einheit. *epd/Seite 28*

TERMINE

Kinoprogramm, Service und Veranstaltungen in unserer Region. *Seite 18*

Politiker: Angriff gegen Rechtsstaat

Steinmeier und Merkel verurteilen Gewalt in Chemnitz / Linke: Seehofer überfordert



Sechsmal mehr rechte Demonstranten als von der Polizei erwartet zogen am Montag durch die Innenstadt von Chemnitz.

Foto: dpa/Jan Woitas

Der von Rechtsextremen provozierte Gewaltausbruch in Chemnitz sorgt bundesweit für scharfe Kritik. Während in Sachsen die Aufarbeitung beginnt, kündigen Rechte weitere Demos an.

CHEMNITZ/BERLIN Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verurteilen gestern in Berlin die Geschehnisse und warnten vor Selbstjustiz. Steinmeier sagte, er teile Erschütterung und Trauer über die Tötung. „Aber die Erschütterung über diese Gewalttat wurde missbraucht, um Ausländerhass und Gewalt auf die Straßen der Stadt zu tragen“, erklärte das Staatsoberhaupt. Dies verurteile er „aufs Schärfste“.

Merkel sagte, Hetzjagden, wie sie auf Videos vom Sonntag zu sehen seien, hätten „mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun“. Es dürfe „auf keinem Platz und auf keiner Straße zu solchen Ausschreitungen kommen“, betonte die Kanzlerin. Zugleich bekräftigte sie das Angebot von Innenminister Horst Seehofer (CSU), Sachsen Unterstützung durch die Bundespolizei zu gewähren. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) bezeichnete die Vorfälle

KOMMENTAR

Klares Bekenntnis

Gewaltbereite Hooligans marschieren in Chemnitz auf, skandieren mit empörenden Normalbürgern im Chor „Ausländer raus“-Rufe, es folgen jagdähnliche Szenen. Die Bilanz: zwei Dutzend Verletzte. Und eine Politik, die hilflos scheint. Etwa Innenminister Horst Seehofer, der Tage braucht, bevor er sich zu Wort meldet und dann als Erstes Hilfen der Bundespolizei anbietet. Erst danach verurteilt er die Gewalt, für die im Rechtsstaat kein Platz sei. Was natürlich richtig ist. Und doch: Hilfreiches oder gar Konkretes, wie



Von Melanie Heike Schmidt

Deutschland und speziell Sachsen mit dem Hass, den bestens organisierten Nazi-Gruppen sowie den empörenden, entgrenzten Bürgern umgehen soll, lässt Seehofer vermissen. Kein Wort zu dem jahrelang verschleppten Problem der gärenden rechten Masse. Kein Wort zur AfD, die 2019 im Freistaat Sachsen stärkste Kraft werden könnte und die die Ereignisse schamlos

ausnutzt. Auch kein Wort dazu, dass es nicht allein Sache der Politik ist, darauf zu reagieren.

An den Protesten haben sich Tausende beteiligt, die der bürgerlichen Mitte zugeordnet werden. Das zeigt: Deutschland hat ein Rassistemus-Problem, und zwar nicht am Rand, sondern in der Mitte. Sich dem zu stellen ist Aufgabe aller. Familien, Freunde, Kollegen, Trainer, Lehrer und auch Promis müssen sich klar gegen Hass und Gewalt aussprechen – genau wie die Politik.

mh.schmidt@noz.de

im schlechtesten Fall der politische Kompass abhandeln kommen ist.“

Auch als Bundesinnenminister sorge Seehofer für gesellschaftliche Spaltung, kritisierte Korte. Er betonte: „Die Zustände in Chemnitz sind auch die Früchte seiner Arbeit.“ In vielen strukturschwachen Gebieten in Ost und West habe die Verrohung dort zugenommen, wo die Menschen keinen Mehrwert in der Demokratie sehen und sich vom Staat im Stich gelassen fühlen. „Statt sich aber für Demokratie und eine funktionierende Gesellschaft einzusetzen, hat Seehofer die Ressentiments noch bedient und seinen innenpolitischen Kurs darauf aufgebaut.“

Unterdessen rückt ein Jahr vor der Landtagswahl in Sachsen die AfD einer Umfrage zufolge in der Wählergunst dicht an die regierende CDU heran. Würden die Wahlberechtigten in dem Freistaat am kommenden Sonntag ihr Kreuzchen machen, wäre die rechtspopulistische Partei zweitstärkste Kraft mit 25 Prozent, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap im Auftrag des MDR zeigt. *wwe, epd/Seite 3*

Rechte Gewalt: Mehr Beiträge dazu lesen Sie auf noz.de/politik

Ausschuss für Wettbewerb der Architekten

QUAKENBRÜCK Wenn es nach dem Willen des Ausschusses für Plänen und Bauen geht, dann schreibt die Stadt Quakenbrück für einen Teil des ehemaligen Bahngeländes zunächst einen Architektenwettbewerb aus und sucht danach einen Investor. Planer sollen aufgerufen werden, ihre Ideen für die vier geplanten Wohnhöfe im nördlichen Teil abzugeben. Diesen Vorschlag hatte die CDU unterbreitet, dem die anderen Parteien zustimmen. Damit könnte das bisher favorisierte Investorenauwahlverfahren vom Tisch sein. Hier geht die Stadt mit dem Gelände an den Markt und sucht einen Käufer, der zudem verpflichtet ist, die Vorgaben der Stadt für die zu bauenden Wohnhöfe umzusetzen. Der Architektenwettbewerb biete die Chance, die besten Gestaltungsentwürfe für das Areal zu bekommen, so der Ausschuss. *cg/Seite 17*

Fast 600 rechte Straftaten im ersten Halbjahr

Von Dirk Fisser

OSNABRÜCK Die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen haben im ersten Halbjahr 2018 fast 600 Straftaten mit einem rechtsextremen Hintergrund registriert – darunter 20 Gewaltdelikte. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf Anfrage der Grünen hervor, berichtet unsere Redaktion. Schwerpunkt sind demnach die Landeshauptstadt Hannover, Braunschweig und Südniedersachsen. Im Vergleich zu den letzten sechs Monaten des Vorjahres ist die Zahl derartiger Delikte leicht zurückgegangen. Grünen-Abgeordnete Julia Willie Hamburg nannte es bedenklich, dass im zweiten Quartal 2018 laut Landesregierung 33 Verurteilungen wegen rechtsextremer Straftaten erfolgten, im gleichen Zeitraum aber 283 Verfahren eingestellt wurden. Die Tatzeitpunkte selbst liegen teils länger zurück. Etwa 30 Prozent der Straftaten ereigneten sich laut Innenministerium in der Region Weser-Ems.

Union und SPD vor Renteneinigung

Erste Hürde um umfassendes Sozialpaket der Koalition scheint genommen

BERLIN Zwischen Union und SPD hat sich gestern am späten Abend eine Einigung auf ein umfassendes Rentenpaket abgezeichnet. Damit könnte das Paket schon heute Vormittag im Kabinett behandelt werden, hieß es aus Teilnehmerkreisen.

Das Redaktionsnetzwerk Deutschland berichtete unter Berufung auf Koalitionskreise, dass es auch eine Verständigung bei der Mütterrente gebe. So sollten nun alle Mütter, deren Kinder vor

1992 geboren wurden, zusätzlich einen halben Rentenpunkt bekommen. Bisher war geplant, dass nur Mütter, die drei und mehr Kinder vor 1992 geboren haben, einen ganzen Rentenpunkt anrechnen bekommen sollen.

Das Rentenpaket von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sieht unter anderem vor, dass das aktuelle Renteniveau von 48 Prozent bis 2025 stabilisiert werden soll. Das bedeutet, dass eine Standardrente nach 45 Beitrags-

jahren nicht unter 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsverdienstes sinkt. Auch der Beitragssatz soll bis 2025 stabil bleiben und nicht über 20 Prozent steigen. Aktuell liegt er bei 18,6 Prozent.

Offen bleibt, wie weit der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 abgesenkt werden soll. Aus der Union wurde eine Absenkung um 0,6 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent gefordert. Heil ist unter Umständen bereit, weiter als die im Koaliti-

onsvertrag vereinbarten 0,3 Punkte abzusenken. Im Gespräch waren zuletzt 0,5 Prozentpunkte. Hintergrund ist auch, dass der Pflegebeitrag zum 1. Januar deutlicher angehoben werden soll als um die bisher vorgesehenen 0,3 Punkte. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat eine Erhöhung um 0,5 Punkte angekündigt. Derzeit liegt der Satz bei 2,55 Prozent des Bruttoeinkommens, Kinderlose zahlen 2,8 Prozent. *dpa/Seite 2*

Rücktritt von Ministerin nach vernichtendem Urteil

OSNABRÜCK Die Brandenburger Gesundheitsministerin Diana Golze (Linke) ist wegen des Skandals um in Griechenland gestohlene und womöglich nicht mehr wirksame Krebsmedikamente zurückgetreten.

Zuvor hatte ein Gutachterteam schwere Vorwürfe gegen das Gesundheitsministerium und die Arzneimittelaufsicht des Landes erhoben. Die Experten werfen den Gesundheitsbehörden unter anderem fehlende Kenntnisse,

falsche Risikoeinschätzung und ein folgenschweres Versagen im Umgang mit wichtigen Informationen vor. Außerdem hätten die Behörden schon 2016 Hinweise auf Arzneimittel-fälschungen gehabt, aber erst später eingegriffen. Auch das Bundesgesundheitsministerium soll schon 2017 eingeweiht worden sein. Das Ausmaß der Gesundheitsgefahr für Patienten lässt sich nach Angaben der Experten heute nicht mehr ermitteln. *wam, AFP/Seite 26*



WETTER IM OSNABRÜCKER LAND						
Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	
27°	12°	19°	14°	19°	9°	21°
					8°	25°
						10°
						26°
						11°

FERNSEHEN SEITE 27

Nichts zu verlieren
Lustige Komödie: Ganoven entführen einen Reisebus, doch die Insassen bleiben cool. Sie haben an Schlimmerem zu knabbern. **Das Erste, 20.15 Uhr**

BÖRSE		SEITE 6
DAX	12 527,42 (- 10,89)	
MDAX	27 207,79 (+ 105,17)	
Dow Jones	26 064,02 (+ 14,38)	
Nasdaq Comp.	8 030,04 (+ 12,14)	
Euro	1,1710 \$ (+ 0,77 Cent)	

Bersenbrücker Kreisblatt
Telefon: 05431/9406-0
Abo-Service: 05431/9406-22
Anzeigen: 05431/9406-33

Eine Zeitung der
NOZ
MEDIEN